

Claudia Leiße und Anna von Spiczak

# Duisburg und seine Bäume

Die Folgen der Fällaktion an der Mercatorstraße



*Die Mercatorstraße im Sommer 2014 – damals noch eine eindrucksvolle Platanenallee, die den Besucher als Tor zur Innenstadt in Empfang nahm*

Foto: Thomas Lindsay Weyer

Claudia Leiße und Anna von Spiczak gehörten zu den Mitstreiterinnen des Bürgerbegehrens gegen die Fällung der Platanenallee auf der Mercatorstraße im Jahr 2015. Hier schildern sie die damaligen Abläufe aus ihrer Sicht und geben einen Einblick in die massiven Auswirkungen der Abschaffung der Baumschutzsatzung auf den Duisburger Baumbestand.

**D**uisburg ist eine grüne Stadt. Rund 2.500 ha, etwa 10,7 % der Gesamtfläche, bestehen aus Wald. Hinzu kommen etwa 50.000 Straßenbäume und unzählige weitere, teils hochstämmige Exemplare in Parks und privaten Gärten, die dem Betrachter aus der Vogelperspektive ein wunderschönes grünes Bild bieten. Sicher gibt es hierbei auch Unterschiede zwischen den einzelnen Stadtteilen – insbesondere der Norden könnte noch viele Neupflanzungen vertragen –, aber insgesamt erscheint die Industriestadt Duisburg doch reich an Schattenspendern. Viele Menschen, die zum ersten Mal nach Duisburg kommen, sind davon überrascht.

Diesen Eindruck von üppigem Grün hat der Reisende, der Duisburg besucht, jedoch nicht, wenn er aus dem Bahnhof tritt und sich der Innenstadt zuwendet. Besser gesagt: Er hat ihn nicht mehr, denn bis zum Frühjahr 2015 fiel der Blick noch auf eine der schönsten und prächtigsten innerstädtischen Alleen Deutschlands – die Platanenallee an der Mercatorstraße. Sie bildete eine Art grüne Brücke zwischen der tristen Bahnhofsvorplatte und der pulsierenden Innenstadt. Ein so grüner Anblick bietet sich dem Bahntouristen in einer Großstadt selten.

Viele Duisburgerinnen und Duisburger wollten diesen Anblick erhalten, und deshalb wurden un-

zählige kritische Stimmen laut, als die Pläne zur Vernichtung der Platanenallee publik wurden. Aufgrund der nahenden Kommunalwahl 2014 hatte die Stadtspitze alle Beteiligten durch ein Mediationsverfahren besänftigt, in dem man vorgab, angesichts der notwendigen Umgestaltung der Mercatorstraße gemeinsam eine Lösung für die Bäume finden zu wollen. Alle Beteiligten, darunter auch die hiesige Kreisgruppe des Bundes für Umwelt und Naturschutz (BUND), hofften auf einen breiten Konsens in diesem Verfahren und damit auf eine Planungslösung, die möglichst viele der betroffenen Bäume erhalten sollte.

Doch unmittelbar nach der Kommunalwahl, und damit mit möglichst großem zeitlichen Abstand zur nächsten Wahl, wurden die Einigungsbestrebungen urplötzlich nicht weiterverfolgt. Ohne große Vorankündigungen landete die Vorlage mit dem Fällbeschluss für die 28 Platanen in den zuständigen Ratsgremien. Im Eiltempo wurde er verabschiedet, allen kritischen Stimmen, wie denen des Beirats der unteren Landschaftsbehörde, unserer Ratsfraktion, des BUND oder der Bürgerbewegung, zum Trotz.

### Dem Bürgerbegehren zum Trotz – die Platanen fallen

Das Todesurteil für die Platanen wollten viele Akteure in Duisburg nicht akzeptieren. Aus diesem Grund schlossen sie sich zusammen, um ein Bürgerbegehren gegen die geplante Fällung der Platanenallee zu initiieren. Im Nu waren einige Tausend Unterschriften gesammelt, und ein Erfolg des Zusammenschlusses verschiedener Initiativen unter dem Dach von »Occupy Mercator« zeichnete sich ab; der Zuspruch war enorm.

Wir hatten keinen Zweifel daran, dass wir die notwendigen ca. 14.600 Unterschriften für das Zustandekommen eines Bürgerbegehrens in der vorgegebenen Zeit zusammenbekommen würden. Außerdem hatte zwischenzeitlich die Brutzeit der Vögel begonnen, weshalb eine Fällung zwischen März und Oktober nach Prüfung auf Nester und Nisthöhlen durch den Artenschutzbeauftragten einer ausdrücklichen Sondergenehmigung bedürftig hätte. Wir waren sicher, dass dies uns Zeit verschaffen, das Bürgerbegehren zum Ende zu führen, doch es kam ganz anders.

Der durch die Umweltschützer infrage gestellte Ratsbeschluss zur Fällung der Platanenallee wurde



*Vergeblicher Widerstand der Baumschützer durch Sitzblockaden: Einen Tag später, am 14. April 2015, sollten die Platanen an der Mercatorstraße fallen.*

von der Bezirksregierung Düsseldorf formell bestätigt, tags darauf rollten die großen Maschinen mit ihren Sägen in der Mercatorstraße an – und das, obwohl das Bürgerbegehren noch in vollem Gange war. Die Sondergenehmigung für das Fällen während der Vogelbrutzeit wurde durch eine vorgeschobene Dringlichkeit eingeholt, dabei ist es bis heute nicht nachvollziehbar, worin diese begründet war. Einen Investor für die vorgesehene



*Für die Abholzung wurde großes Gerät aufgeföhren.*



Bebauung gibt es aktuell immer noch nicht, und der Straßenumbau begann erst im Frühjahr dieses Jahres. Auch Sitzblockaden der Baumschützer halfen letztlich nur, die Fällung um einen Tag zu verzögern. Am nächsten Morgen fiel dann ein Baum nach dem anderen der Säge zum Opfer. Nur mithilfe einer Polizei-Hundertschaft konnte der Fällbeschluss durchgesetzt werden. An jenem Morgen wurden sowohl die Bäume als auch das laufende Bürgerbegehren und somit die Bedeutung eines direktdemokratischen Elements einfach zu Fall gebracht. Es wirkte so, als wären der Stadtverwaltung nicht nur die Bäume im Weg, sondern auch all jene, die von ihrem Recht Gebrauch machten und sich gegen den Fällbeschluss zur Wehr setzten. Die Illusion von einem politischen Neuanfang in Duisburg wurde in dieser brutal anmutenden Szenerie auf einen Schlag zerstört.

Einzig und allein zwei Bäume wurden an diesem Tag verschont, da man hier festgestellt hatte, dass in einem ein Vogel brütete. In der Presse wurde spekuliert, ob die Rabenkrähe »Murphy« es schaffen würde, die Bäume dauerhaft vor der Fällung zu bewahren. Die Aussage der Stadtverwaltung, man wolle den Vogel nicht unnötigem Stress aussetzen, kann man angesichts der Tatsache, dass bereits alle Bäume drumherum gefällt worden waren, rückblickend wohl nur als Realsatire bezeichnen. Mit Beendigung der Brutzeit wurde dann auch Murphys Lebensraum zerstört. Die 28 Platanen waren somit vollständig entfernt. Seitdem bietet die Mercatorstraße zwischen Königstraße und Friedrich-Wilhelm-Straße ein ödes und kahles, baumloses Bild, und die städtebaulich langweilige Fassadenfront ist wenig einladend.

Was wir damals noch nicht wussten: Die brutalen Fällungen an der Mercatorstraße waren nur der Anfang einer »unheiligen Allianz«, die den aktiven Baumschutz in Duisburg beerdigte. Rückblickend betrachtet waren eben diese Ereignisse an der Mercatorstraße dafür ausschlaggebend, dass sich Bürgerinnen und Bürger wieder intensiv mit dem Thema Baumschutz beschäftigten. Wir selbst hätten vorher nicht für möglich gehalten, dass die Grundkonflikte aus den 1980er Jahren zwischen Umwelt- und Naturschutz einerseits und Stadtplanung andererseits im 21. Jahrhundert mit seinen

*Ein Baum nach dem anderen wird abgeholt. Nur zwei Platanen werden – dank Rabenkrähe Murphy – kurzzeitig verschont.*

internationalen Klimaabkommen in Duisburg immer noch gegenwärtig sein könnten.

## Lebensqualität durch Bäume

Bäume leisten einen unersetzlichen Beitrag zum Klimaschutz, indem sie in ihren Funktionen als Feinstaubfilter und Sauerstofflieferanten helfen, Belastungen durch jedwede Art von Abgasen in der Stadt zu reduzieren. Darüber hinaus sind sie Lebensraum für viele Tiere, sie spenden Schatten und verschönern das oft triste Stadtbild. Jeder Baum leistet somit zunächst einmal einen wichtigen Beitrag zu einer ausgewogenen Lebensqualität – für Mensch und Tier.

Trotzdem hat eine große Mehrheit im Rat der Stadt Ende 2015 beschlossen, den Schutz der Bäume im ganzen Stadtgebiet aufzuheben. Die Art und Weise, wie der Beschluss getroffen wurde, ist dabei so bitter wie die Entscheidung selbst. Per Tischvorlage wurden die anderen Fraktionen über das Vorhaben der großen Kooperation von CDU und SPD informiert, den kommunalen Baumschutz abzuschaffen. Nicht einmal im Umweltausschuss, der sich mit den umweltpolitischen Folgen einer solchen Entscheidung beschäftigen sollte, hat eine angemessene Diskussion über eine mögliche Alternative stattgefunden. Es bestand zu diesem Zeitpunkt keine Eile, die Baumschutzsatzung besser heute als morgen zu kippen. Für die Diskussionskultur und auch die Kultur der Entscheidungsfindung wäre es vorteilhafter gewesen, alle Akteure mit ins Boot zu holen und nicht auf den Alleingang zu setzen.

»Der mündige Bürger unserer Stadt wird verantwortungsvoll damit umgehen. Deshalb wollen wir ihn nicht weiter bevormunden.« So lautete die Begründung zur Abschaffung der Baumschutzsatzung durch die große Kooperation. Doch wie mündig ist der Bürger, wenn er frei die Kettensäge schwingen darf? Selbstverständlich gehen viele Duisburger verantwortlich mit dem eigenen Baumbestand um. Nicht selten kümmern sich die Eigentümer selbst um eine Ersatzpflanzung auf dem eigenen Grundstück. Doch die Baumschutzsatzung war eben für diejenigen geschaffen, die dies nicht tun, denn nicht immer handelt der Eigentümer mit der Kettensäge vernunftgesteuert. Erst 2014 wurden nach dem Pfingststurm Ela aus lauter Angst vor umstürzenden Bäumen 200 Fällungen von gesunden Bäumen beantragt. Die Baum-

schutzsatzung und auch die damit einhergehende Beratung durch die Fachleute der Stadtverwaltung haben diese Bäume damals davor bewahrt. Doch nun ist die Baumschutzsatzung abgeschafft und in Duisburg ist kein Baum mehr sicher!



*Margarethensiedlung Rheinhausen: Hier stand kürzlich noch ein mächtiger Baum.*

## Die Folgen der Fällaktionen

Mit einem Handstreich wurde so ein kommunales »Gesetz« abgeschafft, das nach langen Verhandlungen einer interfraktionellen Kommission im Jahr 2001 endlich erlassen und im Jahr 2011 nur in einigen Punkten überarbeitet worden war. Sinn dieser Reglementierung waren der Erhalt des bestehenden und die Schaffung von Instrumenten zur Erweiterung sowohl des gesamtstädtischen als auch des privaten Baumbestandes. Denn obwohl Duisburg so grün erscheint, haben wir in unserer Stadt deutlich weniger Bäume als der Landesdurchschnitt. Von unseren benachbarten Städten wird diese Tatsache nur von Essen und Bochum getoppt. Wir laufen Gefahr, das Ziel, die Anzahl der Sauerstoffspender zu vermehren, nun aus den Augen zu verlieren. Wir können schon bald nicht mehr nachvollziehen, welcher Baum noch steht. Es wird immer aufwendiger, die Anzahl der Bäume im Stadtgebiet zu bestimmen. Niemand berät mehr einen privaten Gartenbesitzer bei der Auswahl eines Baumes oder bei dessen Pflege, im Hinblick auf die Notwendigkeit von Erhaltungsmaßnahmen oder Rückschnitt. Dabei wurden vor Abschaffung der Baumschutzsatzung rund

95 % der jährlich etwa 1.650 Anträge genehmigt, zusätzlich wurden viele Fällungen durch entsprechende Beratungsangebote überflüssig. Somit war die Baumschutzsatzung keine bürokratische Hürde, die das Fällen von Bäumen systematisch verhindert hätte. Bäume, die den Straßenbelag anhoben oder krank waren, durften stets gefällt werden. Sofern es keinen nachvollziehbaren Grund für eine Fällung gab, konnten sich die Besitzer in den meisten Fällen mit einer Gebühr davon freikaufen. Die Gebühr betrug etwa 91 Euro pro Baum und brachte der Stadt Einnahmen in Höhe von rund 300.000 Euro, mit denen bis zu 7.000 Ersatzbäume pro Jahr gepflanzt werden konnten. Und damit kommen wir zu dem wichtigsten Grund, der für den Erhalt der Baumschutzsatzung spricht: Sie hat Ersatzpflanzungen garantiert. Wenn ein Baum gefällt wurde, trug die Stadtverwaltung dafür Sorge, dass entsprechend dem Baumumfang Ersatzpflanzungen an gleicher oder anderer Stelle vorgenommen wurden. Diese wichtigen Pflanzungen, die die Anzahl an Bäumen im Stadtgebiet zumindest erhalten haben, gibt es jetzt nicht mehr. Das bedeutet, dass sich mit zunehmender Zahl an Baumfällungen der Baumbestand in Duisburg sukzessive verringern wird und niemand einen Überblick über seine Entwicklung behält. In einigen Jahren kann man somit nicht mehr nachvollziehen, wie viele Bäume es in Duisburg gibt. Es ist lediglich davon auszugehen, dass es in den nächsten Jahren immer weniger werden. Seitens der Stadt wird sich nicht mehr so intensiv darum bemüht, diesem Trend entgegenzuwirken.

Als zu Beginn des Jahres 2016 die Baumschutzsatzung außer Kraft gesetzt wurde, drückte sich das auch schlagartig in dramatischen Bildern aus. Dabei sind es nicht allein Einzelpersonen, die auf dem eigenen Grundstück wüten; besonders private Großgrundbesitzer, wie beispielsweise Wohnungsgesellschaften, haben in den ersten Wochen des Jahres beherzt zur Säge gegriffen. Es kam sogar



*Abholzung eines kleinen Waldgebiets an der Steinstraße in Meiderich*

Foto: Dietmar Beckmann

vor, dass sich ein Nachbar am Baumbestand eines anderen vergriffen hat, was für das eine oder andere Nachbarschaftsverhältnis gravierende Konsequenzen mit sich brachte. Dieser Ratsbeschluss vermittelte nach außen den Eindruck, dass der Wert der Bäume im ökologischen System für die Allgemeinheit plötzlich keine Rolle mehr spielt. Ein lebendiger Teil der Natur wurde zu einer Sache degradiert, die den Interessen des Eigentümers ausgesetzt ist. Der Mensch setzt die Kettensäge ein, wann immer er möchte, auch ungeachtet anderer Schutzvorschriften wie Bundesnaturschutzgesetz und Denkmalschutzgesetz.

In der Tat ist die Rechtsunsicherheit der Bürger nun groß, denn neben der Baumschutzsatzung, die ausschließlich im bebauten Innenbereich der Stadt galt, gelten nach wie vor auch andere Regelungen zum Schutz der Bäume, beispielsweise im sogenannten Außenbereich. So wird im Bundesnaturschutzgesetz festgelegt, in welcher Zeit eine Hecke geschnitten oder ein Baum gefällt werden darf, wenn er denn krank oder nicht mehr stand-sicher ist. Des Weiteren bedürfen Fällungen einer Sondergenehmigung während der Vogelbrutzeit, ebenso sind eingetragene Naturdenkmale und Alleebäume besonders geschützt. Bei Verstößen gegen diese Gesetzgebungen können Bußgelder im vierstelligen Bereich fällig werden.

Durch die Aufzeichnungen des örtlichen BUND und aufgrund der Meldungen, die in unserer Geschäftsstelle eingegangen sind, wird die Anzahl der zu Jahresbeginn gefällten Bäume auf etwa 2.000 geschätzt. Die davon ausgehenden Auswirkungen sind ein ökologisches Desaster: 2.000 Bäume binden jährlich etwa 4.000 Tonnen des Klimagases CO<sub>2</sub> und erzeugen daraus 3.600 Tonnen Sauerstoff. Sie binden jährlich 1.400 Tonnen Staub und 6.000 Tonnen Wasser. Diese Bäume ersatzlos abzuholzen ist eine Politik, die gegen jegliche Klimaschutzziele arbeitet. Solange nicht aktiv etwas für den Baumerhalt und für Ersatzpflanzungen getan wird, brauchen wir über ein Klimaschutzkonzept nicht weiter nachzudenken.

Wie erst im Juli bekannt wurde, hat ein Architekt aus Wuppertal als Grundstückseigentümer des Geländes der ehemaligen Rhein-Emscher-Armaturenfabrik am Rande des Baerler Buschs im Februar dieses Jahres die Abholzung eines Wäldchens von ca. einem Hektar Größe beauftragt. Seit Beginn des Jahres war dies die größte Fläche, die einem Kahlschlag zum Opfer fiel. Der Grund liegt im Verborgenen. Ebenso wird im Fall der Steinstraße in Meiderich vermutet, dass diese Aktion der Vorbereitung einer anderen Nutzung der Fläche dienen sollte. In beiden Fällen fehlt allerdings die rechtliche Grundlage, die ein solches Vorgehen rechtfertigen würde. Somit handelt es sich hier um einen eindeutigen Verstoß gegen das Bundeswaldgesetz. Wir Grünen in Duisburg sahen uns daher veranlasst, diese ungenehmigte Waldumwandlung als Ordnungswidrigkeit gegenüber der Forstbehörde anzuzeigen. Das Ergebnis bleibt abzuwarten. Sollte sich die Behörde unserer Meinung anschließen, würden die Eigentümer

in beiden Fällen zu Ersatzpflanzungen von 2–10 Bäumen je gefällttem Baum verpflichtet. Da dieser Ausgabe aber ein Gewinn in zweifacher Millionenhöhe gegenübersteht, wird die »Strafe« wohl aus der Portokasse gezahlt.

Was die Abholzung in Baerl noch schlimmer macht, ist die Tatsache, dass mögliche Höhlenbäume und damit ihre Bewohner vernichtet wurden. Dabei sind Horst- und Höhlenbäume auch durch das Bundesnaturschutzgesetz geschützt.

### Kein Ende in Sicht

Das schwarze Jahr für den Baumschutz begann in Duisburg mit der Fällung der Platanen an der Mercatorstraße, ein Ende ist aktuell nicht abzusehen. Durch die Aufstellung des neuen Flächennutzungsplans, besser bekannt als »Duisburg.2027«, sollen in Duisburg in den nächsten Jahren Landschaftsschutzgebiete in einer noch nie dagewesenen Größenordnung von 75 ha, 100 ha Freiraum und 20 ha Wald in neue Wohn- und Gewerbegebiete umgewandelt werden. Gerade in Bezug auf den Klimawandel mit vorhergesagter Zunahme von Stürmen und Starkregen ist eine so weitgehende Versiegelung und Zerstörung von Grünflächen und Wald kontraproduktiv. Auch das älteste Landschaftsschutzgebiet der Stadt, der Wald hinter dem Universitätsgelände mit mehr als 200 Jahre altem Baumbestand, wäre von dieser Neuplanung betroffen.

Darüber hinaus hat der Umweltausschuss vor der Sommerpause 2016 mehrheitlich den Fällbeschluss für zwei weitere innerstädtische Alleen erteilt, in dem er den oben erwähnten besonderen Schutz für Alleen aufhob. Aufgrund einer planungspolitischen Maßnahme sollen somit neun Alleebäume an der Bügelstraße in Meiderich und 19 an der Koloniestraße in Neudorf gefällt werden. Wie die Straßen anschließend aussehen werden, kann man heute an der Oranienstraße in der Stadtmitte sehen, deren Allee ebenfalls vor einigen Jahren gefallen ist und durch Nachpflanzung kleinwüchsiger Bäume ersetzt wurde. Der Betrachter findet ein tristes Bild einer beliebigen Straße ohne besonderen Charakter vor. Bügelstraße und Koloniestraße werden nach Grundsätzen umgestaltet, die Kreativität und Modernität vermissen lassen, eben nach Grundsätzen der 1980er Jahre. Dies sind nur zwei Beispiele dafür, dass die Beliebigkeit in der Duisburger Planung überall Einzug hält und



*Der Hettkampsweg in Röttgersbach: Auch eine Seite dieser Hainbuchenallee soll einer Bebauung weichen.*

der Baumschutz in dieser Stadtpolitik nach wie vor keine Lobby hat.

Ein weiterer stadtplanerischer Schildbürgerstreich ist der Beschluss zur Abholzung einer Hainbuchenallee am Hettkampsweg im Ortsteil Hamborn-Röttgersbach. Weil eine große Freifläche zwischen Matteredstraße und Herrenwiese bebaut werden soll, ist geplant, eine Seite einer 180 Meter langen Hainbuchenallee zu fällen. Die Straße hat zurzeit auf beiden Seiten einen Gehweg, der zugegebenermaßen durch die Baumwurzeln uneben und damit nicht stolperfrei nutzbar ist, sie entspricht aber einer reinen Wohnstraße, die man heute eher als »Spielstraße« gestalten würde: Keine Höhenunterschiede, farbig gekennzeichnete Parkflächen, gleichberechtigte Nutzung durch Fußgänger, Radfahrer und Autofahrer. Eine Straße mit hoher Aufenthaltsqualität – diese Entwicklung des Hettkampswegs hätten wir gerne verwirklicht. Mit der Neubauplanung unter Zuhilfenahme von Fördermitteln aus dem Kommunalen Investitionsprogramm sahen wir die Chance, die Straße entsprechend umzubauen, barrierefrei unter Erhalt der fast vollständigen Allee. Der Antrag im Ausschuss wurde durch die Mehrheit der beiden großen Fraktionen abgelehnt. Dabei hat sich die Duisburger Politik vor etwa zehn Jahren intensiv mit der Ergänzung von Alleen auseinandergesetzt und in allen Bezirken Vorschläge unterbreitet. Bei-

spiele wie der Hettkampsweg zeigen: Heute geht die aktuelle Ratspolitik den Weg rückwärts.

Vieles erinnert bei diesen Entscheidungen an die Fällung der Platanen an der Mercatorstraße, die nun über ein Jahr zurückliegt. Auch hier hatte der Beirat der unteren Landschaftsbehörde mehrheitlich davon abgeraten, die Befreiung vom Alleenschutz zu erteilen und somit der Fällung zuzustimmen. Wie aber auch an der Mercatorstraße, wird die Meinung dieses Gremiums aus sachkundigen Fachleuten durch politische Gremien mehrheitlich überstimmt und die Strukturen der kommunalen Umweltpolitik somit ad absurdum geführt.

Ob die Baumfällungen nun planerisch notwendig sind oder nicht, ist bei der Beschlussfassung nicht mehr ausschlaggebend. Viel entscheidender ist die Frage, ob noch Vertrauen in die hiesige Planungs politik besteht, die alle Alternativen ausgiebig geprüft hat, um diese Bäume möglichst zu erhalten. Wir haben dieses Vertrauen verloren, damals an der Mercatorstraße, und wir sind nicht die Einzig-

---

**Anna von Spiczak**, Jahrgang 1986, in Duisburg geboren und aufgewachsen. Studierte von 2006–2011 Politikwissenschaften an der Universität Duisburg-Essen. Seit den Kommunalwahlen 2014 sitzt sie für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Stadt Duisburg. Sie ist Mitglied im Umweltausschuss und umweltpolitische Sprecherin ihrer Fraktion.

---

**Claudia E. Leiß**, Jahrgang 1953, in Duisburg geboren und in Rheinhausen aufgewachsen. Studium zwischen 1972 und 1979 zunächst an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität in Bonn und anschließend an der Gesamthochschule Duisburg. Pensionierte Lehrerin für Englisch und Chemie. Seit 1993 in Duisburg, der Region und auf Landesebene politisch aktiv in verschiedenen Ämtern und Mandaten wie der Bezirksvertretung Rheinhausen und des Rates der Stadt. Seit 2014 Fraktionsvorsitzende und Sprecherin für Verkehr und Stadtentwicklung der GRÜNEN Ratsfraktion.

Fotos, wenn nicht anders angegeben: Claudia E. Leiß